Fritz Klein

Das Kriegsjahr 1916*

„Es ist genug Blut geflossen“: der Satz, geschrieben am 8. Mai 1916, war nicht die Klage eines Pazifisten. Gottlieb von Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin, schloß mit dieser Feststellung einen langen Brief an den deutschen Gesandten in Stockholm, Helmuth Lucius von Støedten. Es ging darin um die in Stockholm laufenden Gespräche mit japanischen Diplomaten über Sondierungen Japans in Petrograd, von denen die Vermittlung eines Sonderfriedens zwischen Deutschland und Rußland erhofft wurde. Jagow selbst dachte durchaus skeptisch über den Nutzen einer künftigen Annäherung Deutschlands und Rußlands, erklärte gleichwohl die japanische Aktion in Petrograd für äußerst dringend. Sie solle „citissime“ einsetzen, denn: Es ist genug Blut geflossen.¹

Es war eine erstaunliche Bemerkung, setzte sich doch derselbe Jagow bis zum Ende seiner Amtszeit im November 1916 immer wieder für Kriegsziele ein, die nur angestrebt werden konnten, wenn das Blutvergießen mit immer größeren Opfern fortgesetzt wurde. Das zeigte sich zum Beispiel deutlich in den Instruktionen, die Jagow dem deutschen Gesandten in der Schweiz für dessen vertrauliche Sondierungsgespräche mit französischen Politikern über Bedingungen eines möglichen Sonderfriedens mit Frankreich gab. 1916 war ja das Jahr, in dem fast überall, unter den verschiedensten Voraussetzungen, mit den unterschiedlichsten Motiven und Zielsetzungen über Friedensmöglichkeiten spekuliert wurde. Französische Politiker der radikalsozialistischen Partei hatten die Bereitschaft ihrer Partei zu erkennen gegeben, im Falle einer Machtübernahme ihrer Partei

* Text eines Vortrages auf dem Kolloquium „Geschichte, Natur, Anthropologie“, das die Universität Konstanz anlässlich der Emeritierung von Prof. Dieter Groh am 14. und 15. Februar 1997 veranstaltete. Es ist ein eher grobes Raster, ein Vorschlag für künftige Forschungen, vorgetragen unter dem Eindruck, daß in der kaum übersehbaren und immer noch wachsenden Flut von Arbeiten zum ersten Weltkrieg nationalgeschichtlich orientierte Themen unangemessen überwiegen – eigene frühere Arbeiten eingeschlossen. Der Befund ist erstaunlich, gibt es doch kaum einen Gegenstand, der sich so eindeutig für vergleichende Darstellungen eignet, diese eigentlich zwingend erfordert wie ein Krieg. Dieser selbst ist ja *per se* ein Vergleich, ein Vorgang unmittelbaren, direkten und gewaltsamen Vergleichens der Stärken und Schwächen, der Ziele und der Eigenschaften der jeweiligen Partner/Gegner. Im Blick auf das Jahr 1916 scheinen, so meine ich, über die Ereignisse dieses Jahres hinaus Probleme, Haltungen und Konflikte, Konstellationen und Kombinationen auf, denen wir in den folgenden Jahrzehnten immer wieder begegnen.

1 A. Scherer/J. Grunewald (Hrsg.), *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale*, Bd. 1, Paris 1962, S. 326.

einen Sonderfrieden mit Deutschland anzustreben. So vage die Chance war, die sich hier bot, es erschien der deutschen Führung immerhin wert, dem Angebot näherzutreten. Die innere Schwierigkeit, fast Aussichtslosigkeit einer Politik aber, die 1916 einerseits zu verstehen beginnt, daß man zum Frieden kommen muß, andererseits aber so hohe Meinungen hat von der eigenen Stärke – schließlich steht man ja noch weit auf feindlichen Gebiet –, so stark bedrängt wird von weitgehenden Annexions- und Expansionsförderungen der militärischen Führung und einflußreicher Gruppen der Gesellschaft, zeigt sich in den Weisungen, die Jagow dem Gesandten Romberg für die Führung seiner Gespräche mit den Franzosen gab. Entmutigend mußte für jeden, noch so kompromißbereiten Franzosen die strikte Ablehnung auch nur des kleinsten Entgegenkommens in der Frage des Status Elsaß-Lothringens sein, etwa in Richtung auf irgend eine Art von Autonomie. Unannehmbar war das Verlangen nach Abtretung des Erzbeckens von Briey und Longwy, abgerundet noch dazu durch einiges Gelände zur militärischen „Sicherung“ dieser Annexion. Phantastisch auch die Idee, sich die Räumung des übrigen von den deutschen Truppen besetzten Gebietes durch eine „erhebliche Kriegsschädigung“ bezahlen zu lassen, erwarteten doch die verhandlungsbereiten Franzosen nicht unerhebliche materielle Kompensationen für den Vorteil, den die Deutschen aus der Sprengung der feindlichen Koalition ziehen würden.² Sollen wir also den fast pazifistischen Stoßseufzer des deutschen Staatssekretärs abtun als eine nur rhetorische Floskel? Ich meine, nein. Die Bemerkung Jagows scheint vielmehr geeignet als Ausgangspunkt einer Betrachtung über vielfältige Widersprüche und Paradoxien, die für das Jahr 1916 charakteristisch waren.

Es war ein besonderes Jahr. Von einem „eigentümlichen Schwebezustand“, der 1916 erreicht wurde und nicht lange anhielt, spricht Michael Geyer.³ Auf allen kriegführenden Seiten setzte sich die Einsicht durch, daß der Krieg nicht so leicht und nicht so schnell gewonnen werden konnte, wie man bei Kriegsbeginn angenommen hatte. Sollte er überhaupt gewonnen werden – und alle Beteiligten hielten, wenn auch zunehmend bedrängt von Zweifeln aller Art, an dieser Hoffnung fest –, so würde es notwendig sein, ganz neue Methoden der Kriegführung anzuwenden. Sehr viel größere, viel tiefer in viele Bereiche des zivilen Lebens eingreifende Anstrengungen zur Ausbeutung auch der letzten Reserven an Menschenkraft und ökonomischen Ressourcen mußten überall unternommen werden. Die Kriegsbegeisterung der Anfangsphasen – auch sie, wie neuere Forschungen belegen, eine gegenüber bisherigen Vorstellungen sehr zu relativierende Größe – wick zunehmend, an den Fronten und im jeweiligen Hinterland, einer Stimmung der Erschöpfung und der Kriegsmüdigkeit. Spannungen traten auf zwischen den Verantwortlichen in Militär, Politik und

2 Vgl. vor allem Jagows Weisung an Romberg vom 8. Juni, ebenda, S. 363.

3 M. Geyer, *Deutsche Rüstungspolitik 1860–1980*, Frankfurt a. M. 1984, S. 111.

Wirtschaft. Neue Probleme entstanden, genauer gesagt: Zumeist alte Probleme verschärften sich im gegenseitigen Verhältnis der Partner in den beiden Bündnissen. Schärfer wurden die bisher administrativ unterdrückten, nicht zufällig aber gerade 1916 in die Öffentlichkeit drängenden Debatten über die Kriegsziele, was unabweisbar zu der Frage führte, wie die Beziehungen der Staaten nach dem Kriege organisiert werden sollten.

Grundsätzlich gleiche Schwierigkeiten führten in allen kriegführenden Ländern zu ähnlichen Debatten und ähnlichen Lösungsversuchen – mit charakteristischen Differenzen jedoch, die sich aus Unterschieden der inneren Struktur, der geopolitischen Lage und der jeweils verfolgten Kriegsziele ergaben. Das Jahr 1916 brachte noch nicht die Wende des Krieges. Die kam erst 1917, mit dem Kriegseintritt der USA, der russischen Revolutionen und dem Ausscheiden Rußlands aus dem Krieg als den Hauptereignissen. Zum Jahr vor der Wende aber, dem „Vorwendejahr“, mit seiner Fülle angehäufter Probleme, einem Problemstau sozusagen, einem Jahr, in dem vieles noch nicht entschieden war und viele Auswege noch möglich, lohnen sich, wie mir scheint, einige vergleichende Überlegungen. Sie mögen beitragen zu vertiefter Erfassung der komplexen Mechanismen, der inneren Entwicklung jenes Vorganges, dessen so vielberufene Eigenschaft als „Urkatastrophe“ des Jahrhunderts voll nur begriffen werden kann, wenn man versucht, ihn als eine Einheit aufzufassen und darzustellen.

Es ist ein großes Thema, das den Rahmen eines Vortrages bei weitem übersteigt. Ich verzichte infolgedessen auf eine detaillierte Darstellung und will stattdessen, eher skizzenhaft, aufmerksam machen auf Vorgänge und Zusammenhänge auf insgesamt fünf thematischen Feldern, die mir besonders wichtig für weitere Untersuchungen zu sein scheinen.

Erstens: Verdun und Somme

Diese beiden Schlachten des Jahres 1916 haben die Erinnerung an den Großen Krieg weithin und für lange Zeit geprägt. Sie bilden den Höhepunkt einer Strategie, die meint, durch die gigantische Steigerung herkömmlicher militärischer Mittel den Erfolg auf dem Schlachtfeld erringen zu können. Höhepunkt und Endpunkt. Denn der Erfolg bleibt aus. Das endlose und opferreiche Ringen fördert die Sehnsucht nach Frieden: „venez au secours de la France, pendant qu’il est encore temps“, schreibt ein *poilu*, dessen Regiment vor Verdun die Hälfte seines Mannschaftsbestandes verloren hatte, im April 1916 an seinen Abgeordneten Joseph Caillaux, „sans cela il ne restera plus de Français. Donnez-nous la paix que tout le monde réclame tant d’insistance et surtout les poilus des tranchées“.⁴ Und am 7. August klagt der Generalstabschef eines an der Somme eingesetzten deutschen Reservekorps: „Es sind schreckliche Tage... Die

4 Zit. nach J.-C. Allain, Joseph Caillaux. L’oracle 1914–1944, Paris 1981, S. 79.

Infanterie hat ungefähr die Hälfte verloren. Was übrig ist, sind z. Zt. nicht mehr Menschen, sondern mehr oder weniger geistig unzurechnungsfähige, erledigte Wesen, die keinem energischen Stoß mehr gewachsen sind, geschweige angreifen können. Sonst als besonders kraftvoll mir bekannte Offiziere schluchzen nur noch.“⁵

Die Autorität der militärischen Führungen gerät ins Wanken. Im Frühjahr gelingt es der gemäßigten Fraktion der deutschen Politik, den selbstherrlichen, seine extremen Vorstellungen von Führung und Zielsetzung des Krieges besonders aggressiv vertretenden Querulanten Tirpitz als Chef des Reichsmarineamtes zu stürzen. Eine Kursänderung freilich wird nicht erreicht. Unter dem Eindruck der ausbleibenden Erfolge im Landkrieg, nicht zuletzt des Scheiterns der Offensive bei Verdun, beenden die entscheidenden militärischen und politischen Instanzen des Kaiserreichs Ende 1916 den das ganze Jahr über erbittert geführten Streit über Chancen und Gefahren des uneingeschränkten U-Boot-Krieges mit dem verhängnisvollen Beschluß, dieses, von Tirpitz immer geforderte, letzte Mittel einzusetzen. Der Kriegseintritt der USA ist damit programmiert. Pervers geradezu klingt die von der schauerlichen Realität des Kriegsgeschehens abgehobene Konstruktion, mit der ein überaus skeptischer Kurt Riezler, enger Mitarbeiter Bethmann Hollwegs in der Reichskanzlei, seine Bedenken zu verdrängen sucht. Er traut den vollmundigen Erfolgspropheten der Marineführung nicht und ist, zu Recht, äußerst besorgt über die Folgen eines Kriegseintritts der USA. Eingebunden aber durch Funktion und Mentalität in das politische System mit der Präponderanz radikaler Kriegskräfte schwenkt er ein. Man müsse den Sprung wohl wagen, notiert er, da das schlimme Schicksal der Niederlage, die er in diesem Fall für noch wahrscheinlicher hält, nur ertragen werden könne, wenn alles möglich Erscheinende versucht war – „jedenfalls nicht aus Mangel an Kühnheit oder Abneigung gegen brutale Gewalt vermieden erscheint“.⁶

Falkenhayn wird abgesetzt – die dritte Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff ernannt. Joffre verliert das Kommando an der Westfront – Nivelle tritt an seine Stelle. Schärfere Spannungen treten auf im Verhältnis zwischen Politik und Militär. Schon im Herbst 1915 hatte es im britischen Kabinett heftige Auseinandersetzungen über die Strategie der Alliierten an der Westfront gegeben. Gegen die seiner Meinung nach „halsstarrige, unsinnige Strategie“ der Durchbruchversuche wettete der damalige Munitionsminister Lloyd George, der in seinen Memoiren die „Verrantheit in die Durchbruchsidee“ als eine „Geisteskrankheit“ der Generale der Westfront bezeichnen wird.⁷ Angeregt von den Briten, findet

5 Zit. nach H. Otto/K. Schmiedel (Hrsg.), Der erste Weltkrieg. Dokumente, Berlin 1977, S. 188.

6 K. D. Erdmann (Hrsg.), Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, Göttingen 1972, S. 373.

7 Vgl. D. Lloyd George, Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren, Bd. I, Berlin 1933, S. 214f.

Ende des Jahres 1916 in Paris auf hoher Ebene eine Konferenz politischer Führer der Entente statt. Die Ministerpräsidenten Asquith und Briand beraten zusammen mit hochrangigen Vertretern Italiens und Rußlands über Grundfragen der alliierten Strategie. Man diskutiert die verschiedenen Varianten der Schwerpunktbildung der künftigen Kriegführung. Besonderes Augenmerk gilt der Situation auf dem Balkan, in Rumänien und an der Ostfront. So bald wie möglich soll eine weitere Konferenz in Rußland stattfinden. Hauptpunkt der Debatten aber ist das Verhältnis zwischen Politik und Militär. Unzufrieden mit dem bisherigen Ergebnis der Kriegshandlungen, für deren mangelnden Erfolg die militärischen Führungen verantwortlich gemacht werden, schließen sich die Versammelten der von Briand und Asquith vorgetragenen Auffassung an, die Verantwortung für die strategischen Operationen dürfe künftig nicht den Generalstäben überlassen werden. Es seien die Regierungen, die voll die Verantwortung für die politische und militärische Führung des Krieges zu übernehmen hätten. Es ist ein bemerkenswerter Vorstoß, auch wenn er unmittelbar wenig bewirkt. Gleichzeitig mit den Politikern tagt nämlich eine Konferenz führender Generale der Entente in Chantilly, am Sitz des französischen Oberkommandos. Sie besprechen ein Programm der Aktionen für 1917, von dem Lloyd George später urteilte, es habe die mörderischen Dummheiten der Jahre 1915 und 1916 nur wiederholt. Die militärischen Führer hätten sich nur den Anschein gegeben, den Forderungen der Regierungen nachzugeben, tatsächlich aber an ihrer Alleinverantwortlichkeit für die noch dazu törichten Beschlüsse festgehalten.⁸

Bemerkenswert scheint mir der Vorstoß dennoch, weil er eine Tendenz markiert, die sich in den folgenden Jahren in den Ländern der Entente, vor allem natürlich in Großbritannien und Frankreich immer mehr durchsetzen sollte. Die Einrichtung eines von Politikern besetzten kleinen Kriegsaussschusses beim britischen Ministerpräsidenten z. B. – es wurde im Dezember 1916 der unermüdlich drängende Lloyd George – geht unmittelbar auf die Erfahrungen der beiden Konferenzen vom November 1916 zurück. Spannungen zwischen Politik und Militär gibt es, nicht zu knapp, auch in Deutschland. Sie erwachsen aus der gleichen Situation wachsender Ungeduld und Unzufriedenheit mit dem Kriegsverlauf, was unvermeidlich zu Kontroversen und gegenseitigen Schuldzuweisungen führt. Der Lösungsweg aber, der versucht wird, unterscheidet sich grundsätzlich von dem in den Staaten der Entente eingeschlagenen. So unzufrieden ein Politiker wie der Reichskanzler Bethmann Hollweg mit Haltung, Aktivitäten und Ansprüchen der militärischen Führung ist, die Idee, eine Präponderanz der politischen Führung auch in den militärstrategischen Fragen zu verlangen, liegt ihm völlig fern. Es sind die Halbgötter des Militärs, Hindenburg und Ludendorff, von denen die Wende erhofft wird. Der Kanzler selbst empfiehlt dringendst ihre Einsetzung. Er wehrt sich gegen die politischen Am-

8 Vgl. ebenda, S. 381ff.

bitionen Ludendorffs, stellt aber die alleinige Verantwortung der Militärs für ihr Gebiet nicht in Frage. Undenkbar bei Männern wie Lloyd George oder später Clemenceau die These Bethmann Hollwegs, der militärische Laie habe sich unmöglich anmaßen können, militärische Möglichkeiten, gar Notwendigkeiten zu beurteilen.⁹ Der Satz steht in den nach dem Kriege erschienenen Erinnerungswerk Bethmanns. Man wird nicht übersehen, daß es in weitem Teilen eine Verteidigungsschrift des Kanzlers ist, der sich gegen die von Ludendorff und den Alldeutschen ausgehende Kritik an seiner angeblichen Weichheit und Flaumacherei im Kriege wendet. Das ändert aber nichts daran, daß Bethmann hier, wie auch mit der im gleichen Zusammenhang stehenden Feststellung, die militärische Führung habe den Krieg militärisch immer so führen können, wie sie es wollte, den tatsächlichen Hergang und die dahinter stehende, im kaiserlichen Deutschland herrschende Grundvorstellung vom Verhältnis zwischen Militär und Politik korrekt beschrieb.

Zu einfach aber darf man sich den Vergleich nicht machen. Unterschiede zwischen Deutschland und den demokratischeren Staaten der Entente gibt es nicht nur auf der Ebene der Politik, sondern auch auf der des Militärs. Und hier sind es die Militärs der Entente, die, unbelehrbar durch die Erfahrungen des sinnlosen und mörderischen Grabenkampfes an der Westfront, starr an traditionellen, durch die Wirklichkeit überholten Vorstellungen der Kriegführung festhalten.¹⁰ Nicht zuletzt die Erfahrungen der Somme-Schlacht veranlassen hingegen die neue Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff, tiefgreifende Änderungen der Taktik und Einsatzgrundsätze der deutschen Armee vorzunehmen. „Die Taktik individualisierte sich immer mehr und mehr“, hat Ludendorff ein Grundprinzip der neuen, flexibleren Methoden beschrieben.¹¹ Der Vorgang steht im Zentrum eines in seinen Erscheinungen und Folgen höchst komplexen Wandlungsprozesses, den das Militär in Deutschland unter dem Druck des Krieges durchmachte. Wichtiges dazu hat u. a. Michael Geyer in seiner bereits erwähnten Schrift über die deutsche Rüstungspolitik ausgesagt, der zugleich bemerkt, daß man sich hier noch auf einem weitgehend unerforschten Terrain bewegt.¹²

Verdun und Somme: Noch halten die Truppen im Jahre 1916 durch, trotz aller Opfer und wachsender Kriegsmüdigkeit. Wenige Monate später aber werden die Meutereien bei der Nivelle-Offensive – umstritten die

9 Vgl. Th. von Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkriege, hrsg. von J. Dülffer, Essen 1989, S. 158, 177.

10 Die in überholten Doktrinen erstarrte Orthodoxie der französischen Militärführung hat Marc Bloch in seiner Schrift „L'étrange défaite“ als wesentliche Ursache der Niederlage von 1940 beschrieben (vgl. U. Raulff, Ein Historiker im 20. Jahrhundert: Marc Bloch, Frankfurt a. M. 1995, S. 41 ff.).

11 E. Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914–1918, Berlin 1919, S. 306f.

12 Vgl. M. Geyer, Deutsche Rüstungspolitik (Anm. 3), S. 98ff.

Frage, wie weit sie als Zeichen revolutionären Aufruhrs zu deuten sind – zumindest deutliche Zeichen der Warnung setzen.

Zweitens: Konzentration der Kräfte

Überall wird der Anspruch erhoben, effektiver, besser organisiert, auch rücksichtsloser gegen alte Gewohnheiten, Privilegien, selbst Gesetze und Vorschriften aus Friedenszeiten, für den Sieg zu arbeiten. Ob man den ersten Weltkrieg einen „totalen Krieg“ nennen kann, erscheint mir zweifelhaft. Der Begriff selbst hat etwas Schillerndes. „How total was the Great War?“ – so lautete kürzlich das Thema einer von renommierten Historikern vornehmlich aus Deutschland, den USA und Großbritannien in Bern veranstalteten Konferenz. Die Formulierung hat etwas Bizarres, bezeichnet das Wort „total“ doch ein *absolutum*, das nicht gesteigert oder gemindert werden kann. Das war den Veranstaltern natürlich klar, die mit der gewollt paradoxen Formulierung ihr Ziel erreichten, eine facettenreiche und kontroverse Diskussion einer in der Tat nicht leicht zu beantwortenden Frage zu provozieren. Die Antworten waren alles andere als einheitlich. In einem Punkt aber stimmten die meisten Redner überein: Entscheidende Schritte voran in der Entwicklung vom begrenzten Krieg der Vergangenheit hin zum totalen Krieg gingen die kriegführenden Mächte im Jahre 1916, hin zu einem Krieg, in dem es grundsätzlich keinen Unterschied mehr gibt zwischen Front und Heimat, in dem die produktiven Kapazitäten der Völker voll mobilisiert werden, in dem, nicht zuletzt, die Intensität der Mobilisierung zu einer Radikalisierung der Kriegsziele beiträgt und die Vorstellung sich durchsetzt, der Krieg müsse bis zum vollständigen Zusammenbruch einer Seite geführt werden.¹³

Jeder Versuch einer Friedensvermittlung sei jetzt, in einem Moment, in dem Großbritannien seine kriegerischen Bemühungen gerade erst richtig in Gang gebracht habe, scharf abzulehnen. So Lloyd George im September 1916 in dem als „Knock-out“-Interview berühmt gewordenen Gespräch mit einem amerikanischen Journalisten. Großbritannien werde keine Friedensintervention dulden, „bevor nicht der preußische Militärdespotismus unrettbar zerschlagen ist“. In der Tat befindet sich Großbritannien Ende 1916, beim Regierungsantritt des Knock-out-Politikers, in einem qualitativ neuen Stadium der Mobilisierung aller Kräfte. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu Beginn des Jahres macht den Zugriff auf bisher nicht genutzte Menschenreserven möglich, die dringend zum Ausgleich der schweren Verluste gebraucht werden. Der kurz nach Kriegsbeginn mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen begonnene Prozeß der Konzentration

13 Dies die Hauptpunkte der Definition im einleitenden Referat von R. Chickering (Washington). S. International Conference at Münchenwiler (Berne), October 9-12, 1996, Papers, Part II, S. 3. Die Publikation aller Beiträge der Konferenz in einem Protokollband ist geplant.

wichtiger Bereiche der Wirtschaft in den Händen des Staates erreicht einen Stand, der diesem die direkte Verfügung über die materiellen Ressourcen der Nation in einem bislang unbekanntem Umfang gestattet. Der Weg zu diesem Stand war gekennzeichnet durch ein schrittweises, häufig improvisierendes, auf je neu auftretende Probleme reagierendes Vorgehen in verschiedensten Formen auf den verschiedensten Gebieten, seien es Produktion und Verteilung der Rohstoffe, die Produktion von Waffen und Munition, Außenhandel, Schiffsproduktion, Landwirtschaft, Preiskontrolle und viele andere. Ungeachtet starker, immer wieder beklagter, aber unausrottbarer bürokratischer Hemmnisse, manchen Sandes im Getriebe auch infolge der kräftigen Betätigung partikularer Interessen, ist es im Ganzen ein geschmeidiges System von relativ hoher Effizienz.¹⁴

Ähnlich im Ergebnis, sehr anders aber in den Formen und der Methode des Zustandekommens sieht es in Deutschland aus. Mit der auf die Gründung der Kriegsrohstoffabteilung 1914 beim preußischen Kriegsministerium zurückgehenden Fülle von Kriegsrohstoffgesellschaften, dem Kriegssamt, Hindenburg-Programm und Hilfsdienstgesetz von 1916 als Eckpfeilern verfügt auch die deutsche Führung, hier ausschlaggebend in den Händen des Militärs, über wirkungsvolle Instrumente zur Erfassung aller Kräfte im Dienste des Krieges. Der Unterschied zu Großbritannien ist die von vornherein viel stärker zentralisierte, straffere Organisation der einschlägigen Bemühungen. Die wird in Großbritannien deutlich beobachtet, von den Befürwortern weitergehender Mobilisierung immer wieder als Vorbild hingestellt, in ihrer Wirkung freilich überschätzt. Umgekehrt verweist man in Deutschland immer wieder auf die englischen Maßnahmen, die effektiver und häufig auch rücksichtsloser seien als in Deutschland. Eine Dimension der britischen Mobilisierung fehlt in Deutschland: die unter dem Stichwort der *reconstruction* betriebene umfassende Ausarbeitung von Programmen *to make the land fit for heroes*, wie das Schlagwort lautete. Die Aktion beginnt 1916 mit der Einsetzung eines Komitees bei der Regierung, das später in ein Ministerium umgewandelt wird. Ziel ist die Erstellung umfangreicher, sozialreformerischer Programme - im Zentrum großzügige Pläne zur Behebung der vielerorts unerträglich gewordenen Wohnverhältnisse der ärmeren Schichten. Sozialen Unruhen, für die es erste Anzeichen gibt, soll vorgebeugt werden, die nach dem Krieg angesichts von Not und Massenarbeitslosigkeit um sich greifen könnten.¹⁵

Noch ist, mit Ausnahme Rußlands, eine revolutionäre Gefahr nirgends aktuell. Eine Hauptsorge gilt gleichwohl der Bewahrung des inneren Zusammenhalts, der grundsätzlich überall gefährdet ist, je länger der Krieg dauert, Not, Hunger und Zwang zunehmen. „Auch wir treiben langsam der

14 Vgl. die sehr anschauliche Schilderung der Vorgänge bei A. Marwick, *The Deluge. British Society and the First World War*, London 1965.

15 Vgl. P. B. Johnson, *Land fit for heroes. The Planning of British Reconstruction 1916-1919*, Chicago 1968.

Revolution zu“, notiert der sensible Riezler.¹⁶ Das Problem wird gesehen, aber sehr unterschiedlich beantwortet. In Großbritannien gilt eine der ersten politischen Aktionen des neuen Premierministers Lloyd George der Sicherung einer noch breiteren Unterstützung der Kriegspolitik durch die Labour Party. Aristide Briand, unterstützt, aber auch stärker kontrolliert, durch das Parlament, das seine Mitwirkung an der militärischen und industriellen Planung durchsetzt, setzt wichtige Zeichen durch die Ernennung des führenden sozialistischen Politikers Albert Thomas zum Rüstungsminister in seinem zweiten Kriegskabinett.¹⁷ In Deutschland verliert der Reichskanzler, dem ähnliche Optionen unter Umständen zuzutrauen sind, nicht zuletzt deshalb an Einfluß gegenüber der Obersten Heeresleitung. Ludendorff, der fast allmächtige Militärdiktator? Viele sehen es so, nicht nur Liebknecht, sondern auch Bethmann, und es gibt Gründe dafür. Allmächtig aber ist er nicht. Zwar ist die Beteiligung von Sozialdemokraten an der Regierung für ihn unvorstellbar. Auch seine Macht aber hat Grenzen in der sich verändernden sozialen Wirklichkeit. Man denke etwa an das Schicksal des ursprünglich von der OHL dringend geforderten Hilfsdienstgesetzes, das im Laufe der parlamentarischen Beratungen durch die Einfügung einer Reihe von arbeiterfreundlichen Bestimmungen eine von Ludendorff scharf abgelehnte Fassung erhält. In Rußland kommen konsequente Programme zur Bewältigung der zunehmend krisenhaften inneren Entwicklung nicht zustande. Die reformbemühten Repräsentanten des „Progressiven Blocks“ gewinnen zwar an Einfluß in der öffentlichen Meinung, setzen sich aber politisch nicht durch. Der Zar stützt sich auf Politiker einer harten, reaktionären Richtung. Die Ermordung Rasputins: Menetekel der Agonie des herrschenden Systems.

Der Konzentration der Kräfte sollen schließlich Bewegungen innerhalb der Bündnisse dienen. Politiker und Militärs in Deutschland, unzufrieden mit der ihrer Meinung nach unzureichenden militärischen Leistung Österreich-Ungarns, eine Kritik, die sich im Sommer 1916 besonders im Zusammenhang mit den Erfolgen der Brussilow-Offensive verstärkt, nutzen diese Situation schon seit Ende 1915, den Bündnispartner zu einem engeren Zusammengehen auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet zu drängen. Das Wort von einem wirtschaftlichen „Anschluß“ taucht auf.¹⁸ Zunehmende Spannungen zwischen den Bündnispartnern bleiben fortan ein Dauerthema, im Laufe des Jahres 1916 insbesondere deutlich in der laufenden Auseinandersetzung über die Zukunft Polens. Auf der Seite der Alliierten beschließt im Juni eine interalliierte Wirtschaftskonferenz in Paris weitgehende Maßnahmen über eine Intensivie-

16 Riezler, Tagebücher (Anm. 6), S. 360.

17 Vgl. J.-J. Becker (avec la collaboration d'Annette Becker), *La France en guerre (1914–1918)*, Paris 1988, S. 54ff.

18 Vgl. A. Scherer/J. Grunewald, *L'Allemagne et les problèmes de la paix* (Anm. 1), S. 211ff.

rung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit während des Krieges, für die unmittelbare Nachkriegszeit und für die Zusammenarbeit in der weiteren Perspektive.¹⁹ Realisiert werden nur die für die Kriegszeit vorgesehenen Maßnahmen. Das Gesamtprogramm wird nur von den Kabinetten Frankreichs und Großbritanniens – auch sie mit deutlich divergierenden Interessen an der Konferenz beteiligt – ratifiziert. Belgien, Rußland und Italien verweigern die Zustimmung, vor allem wegen der nachteiligen Folgen, die sie für ihren Handel befürchten, wenn die von den beiden westlichen Großmächten angestrebte langfristige Diskriminierung Deutschlands in der internationalen Wirtschaft durchgesetzt werden sollte.

Drittens: Sehnsucht nach Frieden – Kampf gegen den Krieg

Zutreffend bemerkt Wolfgang Mommsen in seinem Buch über die bürgerliche Kultur im deutschen Kaiserreich: „Bis zum Sommer 1916 bestand im Deutschen Reich ebenso wie in den anderen kriegführenden Staaten ein verhältnismäßig großes Maß an innerer Kohäsion und Geschlossenheit. Nun aber wurde das Ausmaß des blutigen Kriegsgeschehens jedermann bewußt, und die Aussichten, daß es zu einer baldigen Kriegsentscheidung kommen werde, verringerten sich von Tag zu Tag.“²⁰ Nicht nur die mehrheitlich konservativen kulturellen Eliten hatten den Krieg bejaht, sondern auch avantgardistische Künstler hatten ihn vor 1914 als reinigende Katastrophe, als Befreiung aus der schlaffen, sinnlosen Bürgerwelt gefordert und, als er 1914 dann kam, als Erfüllung solcher Sehnsucht geradezu hymnisch gefeiert. „Die Welt... will rein werden, sie will den Krieg“: so 1914 Franz Marc.²¹ Er fällt 1916 vor Verdun. Ein radikaler Umschwung tritt ein. Thematisiert wird immer mehr in Wort und Bild die Menschenschlächterei des Krieges, seine Sinnlosigkeit, die Sehnsucht nach Frieden. 1916 erscheint „Le feu“ von Henri Barbusse, kritisiert von der Rechten, ausgezeichnet gleichwohl mit dem Prix Goncourt dieses Jahres, ein Zeichen zumindest für Risse in der seit Kriegsbeginn nachhaltig vertretenen Norm des Cornélianismes, der die heroischen Gestalten des Klassikers als Vorbilder jetzt so notwendigen Heldentums zu sehen empfahl.²² Extrem radikal ist die Position der deutschen, französischen und rumänischen Künstler und Schriftsteller, die in Zürich Dada proklamieren, ein Aufschrei gegen den blutigen Irrsinn der Welt der Vaterländer, gegen die Hohlheit der -ismen jeglicher couleur. Wie Marcel Janco, einer der Mitbegründer von Dada, es beschreibt: „Alles suchte einen Ausweg. Alles sollte zerstört und

19 Vgl. G.-H. Soutou, *L'Or et le Sang. Les buts de guerre économique de la première guerre mondiale*, Paris 1989, S. 231ff.

20 W. J. Mommsen, *Bürgerliche Kultur und künstlerische Avantgarde. Kultur und Politik im deutschen Kaiserreich 1870 bis 1918*, Frankfurt a. M. 1994, S. 153.

21 Zit. nach ebenda, S. 143.

22 Vgl. H. F. Müller, *Der „Cornélianisme“ als literarische Norm*, in: *Beiträge zur Romanischen Philologie*, 1/1985, S. 89ff.

geläutert werden. Wer besaß noch einen Glauben? Der gesunde Menschenverstand war für die Blinden, die guten Sitten eine Quelle des Abscheus, der Respekt blieb den Kadavern, die Logik war ohne Vernunft, die Aesthetik – eine Päderastie.²³

Natürlich ist nichts von dem, was hier vorgestellt wird als etwas Neues im Jahre 1916, als absolut neu zu verstehen, gleichsam, als hätte es keine Vorgeschichte, keine Entwicklung hin zu dem Stand dieses Jahres gegeben. So setzte, um beim Beispiel der Avantgarde-Künstler zu bleiben, bei nicht wenigen von ihnen ein Prozeß der Ernüchterung schon bald nach Kriegsbeginn ein, der sich dann fortsetzte bis zu mehr oder weniger konsequenter Ablehnung des Krieges, ja Abscheu vor ihm. Anschaulich hat der Historiker Karl-Alexander von Müller eine analoge Entwicklung in der Stimmung sogenannter einfacher Menschen in der Heimat beschrieben. Wie regelmäßig seit vielen Jahren macht er auch 1916 eine ausgedehnte Wanderung durch immer denselben Teil seiner bayerischen Heimat. Bekannt geworden dort mit vielen Einwohnern, hält der leidenschaftliche Patriot tief erschrocken seine Eindrücke in einem langen Brief fest. Völlig verändert habe sich die Stimmung bei den meisten. Verschwunden sei der 1914 vorherrschende patriotische Enthusiasmus. Kaum noch spürbar die nüchternere, aber immer noch zaversichtliche Stimmung von 1915. Nur eine Forderung begegne jetzt allerorten: Schluß mit dem Massenmord! Frieden!²⁴

Alltagsleben im Kriege: auch dies ein Gegenstand für vergleichende Studien, zu denen nach jahrzehntelanger Dominanz von Herrschaftsthemen seit einigen Jahren eine Fülle weiterführender Forschungen unternommen wurden. Auf einen eigentlich erstaunlichen Mangel dieser Forschung hat jüngst Wolfgang Kruse aufmerksam gemacht, die relative Vernachlässigung des Alltags der Soldaten gegenüber dem der Zivilbevölkerung in den Heimatländern. Differenziert und fern jedem ideologischen Schematismus zeigt er in seinem materialreichen Aufsatz über „Krieg und Klassenheer“ den früh beginnenden Prozeß der Revolutionierung der deutschen Armee im Weltkrieg, auch hier wieder in einer aufsteigenden Kurve der Intensität, die einen Höhepunkt, keineswegs natürlich Endpunkt, im Jahre 1916 erreicht.²⁵

Bewegung kommt in die sozialistische Arbeiterbewegung. Mehrheitlich unterstützen die Parteien der II. Internationale überall weiter die Kriegspolitik der Regierungen. Oppositionelle Strömungen aber nehmen zu an Anhängern und artikulieren sich – auch gegeneinander – schärfer. Wieder zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede. In der sozialistischen Partei

23 M. Janco, Schöpferischer Dada, in: W. Verkauf/M. Janco/H. Bolliger, DADA. Monographie einer Bewegung, überarb. 1965, Teufen AR, S. 35.

24 K.-A. von Müller, Mars und Venus. Erinnerungen 1914–1919, Stuttgart 1954.

25 W. Kruse, Krieg und Klassenheer. Zur Revolutionierung der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 530ff.

Frankreichs gewinnt ein Minderheitsflügel an Gewicht. Am 1. Mai 1916 erscheint, herausgegeben von dem Marx-Enkel Jean Longuet, die erste Ausgabe der Wochenzeitung „Le Populaire“. Der entscheidende Punkt, in dem sich dieser Flügel von der Mehrheit unterscheidet, ist die Forderung, möglichst bald zum Frieden zu kommen, praktisch die Forderung nach einem Kompromißfrieden. Grundsätzlich aber hält man fest an der Vaterlandsverteidigung, stimmt auch weiterhin für die Kriegskredite.²⁶ Anders in Deutschland. In der größten Partei der Internationale bereitet sich die Spaltung vor. Achtzehn sozialdemokratische Abgeordnete, die im Reichstag gegen den Notetat stimmen, werden aus der Fraktion ausgeschlossen und schließen sich daraufhin zur „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammen, der Keimzelle der USPD. Die radikale Linke um Liebknecht und Luxemburg formiert sich zur Spartakusgruppe. In Zürich erscheint unter dem Pseudonym „Junius“ Rosa Luxemburgs Kampfschrift „Die Krise der Sozialdemokratie“. Die Verhaftung Liebknechts und der Hochverratsprozeß gegen ihn fördert die Antikriegsstimmung an der Front und in der Heimat. An der sogenannten zweiten Zimmerwalder Konferenz in Kienthal nehmen 43 Vertreter oppositioneller sozialistischer Gruppen aus zehn Ländern teil. Man verabschiedet eine Reihe von Erklärungen, die schärfer gefaßt sind als auf der ersten Konferenz. Die Forderung Lenins und seiner Anhänger nach Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg wird jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Viertens: Schritte zum Frieden?

„Tragische Verkettung“, notiert Riezler im Februar: „Kein Land kann mehr eine Bewegung ausführen, politisch, zum Frieden zu, ohne annehmen zu müssen, dann ganz unter den Schlitten zu kommen.“²⁷ Immer mehr Menschen in allen Ländern wünschen Frieden. Immer verbissener versteifen sich die Regierenden auf den Willen zum Durchhalten, zum Sieg. Diese Position zu behaupten wird schwieriger nicht nur wegen der steigenden Kriegsmüdigkeit im je eigenen Land, sondern auch, weil Präsident Wilson nachhaltiger auf Frieden drängt. Die Möglichkeit, oder die Gefahr, einer amerikanischen Einnischung in den Konflikt durch eine offizielle Aktion zur Friedensvermittlung rückt näher. Sie strikt abzuweisen, ist der Sinn des Knock-out-Interviews Lloyd Georges im September. Die deutschen Politiker begrüßen die britische Haltung, sei doch zu befürchten, daß eine Friedensvermittlung durch Wilson auf dem Prinzip der Wiederherstellung des *status quo ante* beruhen werde, was für Deutschland insbesondere im Hin-

26 Vgl. J.-J. Becker/S. Bernstein, *Victoire et frustrations 1914–1929*, Paris 1990, S. 90ff. Siehe dazu ferner die skrupulös aufgegliederte Aufstellung der im einzelnen durchaus verschiedenen internationalistischen und pazifistischen Gruppierungen, wie sie sich im Jahre 1916 in Frankreich herausgebildet hatten, bei: A. Kriegel, *Aux origines du communisme français 1914–1920*, Bd. 1, Paris 1964, S. 131.

27 Riezler, Tagebücher (Anm. 6), S. 330.

blick auf die „belgische Frage“ unannehmbar sei. „Sobald die Vermittlungsabsichten Herrn Wilsons drohen, konkretere Formen anzunehmen und auf englischer Seite die Neigung erkennbar wird, auf sie einzugehen“, instruiert Jagow im Juni den deutschen Botschafter in Washington, „wird es daher die Aufgabe Eurer Exzellenz sein, zu verhindern, daß Präsident Wilson mit einem konkreten Vermittlungsvorschlag an uns herantritt.“²⁸

Ende des Jahres entschließt sich dann die deutsche Regierung doch, ihrerseits gemeinsam mit ihren Verbündeten mit einer Friedensinitiative an die Öffentlichkeit zu treten. Sie schlugen vor, lassen die Mittelmächte die Alliierten durch Vermittlung der Diplomatie neutraler Länder wissen, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, um den Greueln des Krieges ein Ende zu machen. Initiator der Aktion ist die Wiener Regierung. Sie beurteilt die innere Situation der Doppelmonarchie wie auch die Aussichten für die Fortführung des Krieges durch die Verbündeten überaus pessimistisch. Auch sie aber ist nicht bereit, viel weniger sind es die Verantwortlichen in Berlin, auf Kriegsziele zu verzichten, die nicht bei Verhandlungen, sondern nur im Falle eines entscheidenden Sieges, an den man doch eigentlich nicht mehr glaubt, durchgesetzt werden können. Das wird deutlich in den heftigen internen Auseinandersetzungen zwischen den politischen und militärischen Instanzen der beteiligten Mächte über die Friedensbedingungen, die zu stellen wären, sollte es wirklich zu Verhandlungen kommen. Die prompte Ablehnung der Alliierten erspart es den Mittelmächten, die Unvereinbarkeit von proklamierten und tatsächlichen Zielen zu offenbaren.

Vereinzelt treten realistisch denkende, hochrangige Politiker mit Vorstößen für einen Kompromißfrieden hervor. Ich denke an die „Gedanken über die Beendigung des Krieges“ des österreichisch-ungarischen Gesandten in Bukarest, Graf Ottokar Czernin, von Anfang Juli²⁹; das „Memorandum zur Frage des Friedensschlusses“ des britischen liberalen Staatsmannes Lord Lansdowne vom 13. November³⁰ sowie das Programm von Friedensverhandlungen, das der ehemalige französische Ministerpräsident Joseph Caillaux in einer Unterredung mit dem italienischen Politiker Ferdinando Martini am 17. Dezember entwickelt.³¹ Alle drei sind Patrioten ihres jeweiligen Vaterlandes. Sie wünschen seinen Sieg, zweifeln aber daran, ihn zu erreichen. Am vorsichtigsten und unbestimmtesten ist Lansdowne, dessen Denkschrift im wesentlichen in einer ausführlichen, eindrucksvollen Zusammenstellung von Meldungen militärischer und ziviler Instanzen Großbritanniens über wachsende Schwierigkeiten besteht. Angesichts dieser Situation, meint er, solle man Friedensfühler, sei es aus den USA oder auch von der feindlichen Seite, nicht *a limine* ablehnen,

28 A. Scherer/J. Grunewald, *L'Allemagne et les problèmes de la paix*, S. 360.

29 Ebenda, S. 402ff.

30 Vgl. I. Lloyd George, *Kriegsmemoiren* (Anm. 7), S. 332ff.

31 Vgl. J.-C. Allain, *Joseph Caillaux*, (Anm. 4), S. 80f.

sondern ernsthaft auf sie eingehen. Czernin geht am weitesten. Er skizziert kurz die gegenüber der Entente seiner Meinung nach in vieler Hinsicht aussichtslos schwächere Position der Mittelmächte und erklärt deren Sieg rundheraus für unmöglich. Es bleibe nur übrig, den Krieg mit bedeutenden Opfern zu beenden. Caillaux argumentiert ähnlich wie Lansdowne. Die Zeit, so fürchtet auch er, arbeite nicht für die Alliierten. Die Erschöpfung sei allgemein und werde, so hofft er, dem Abschluß eines Kompromißfriedens günstig sein. Dessen Grundbedingungen, verbunden mit Überlegungen zur Gestaltung der Naehkriegsverhältnisse, skizziert er folgendermaßen: England wird seine Handelsflotte retten, sich mit der Wiederherstellung Belgiens und dem Gewinn der von Deutschland verlorenen Kolonien begnügen. Frankreich würde die Räumung der besetzten Gebiete verlangen und einen Teil Lothringens. Rußland, in seinen Augen verantwortlich für die Ausweitung des ursprünglichen Konflikts, „est destinée à payer les frais“. Ohnehin bedroht von der Revolution, werde es sich nach Asien wenden. Die europäischen Angelegenheiten würden Sache der westlichen Kontinentalmächte sein. England scheinere sich vorrangig auf einen Empire-Block zu orientieren. Sein Gewicht auf dem Kontinent erfordere eine Erwidernng, identisch mit der, die man auch dem unvermeidlichen Wiederanstieg der deutschen Macht entgegensetzen muß – wenn es sich nicht entschließt, weiterhin mit Frankreich verbunden zu bleiben.

Bemerkenswert ist auch die Art und Weise, wie mit den Initiatoren der überall von den Verantwortlichen zurückgewiesenen Vorschläge verfahren wird. Die Denkschrift Lansdownes, eines Baumeisters schließlich der Entente Cordiale – er war britischer Außenminister von 1900 bis 1905 –, wird im engen Kreis der politischen und militärischen Führung respektvoll und seriös diskutiert und dann zu den Akten gelegt. Caillaux, verhaßt bei der Rechten in Frankreich schon seit seinem angeblich zu weichen Kurs in der zweiten Marokkokrise 1911, wird Anfang 1918 unter dem Vorwurf des Landesverrats verhaftet. Czernin wird Ende 1916 neuer Außenminister der Doppelmonarchie, berufen von dem jungen Kaiser Karl, der die Nachfolge des verstorbenen Kaisers Franz Joseph antritt. Verwirklichen aber kann er seine Gedanken über die Beendigung des Krieges nicht. Der stärkste – und entscheidende – Widerstand kommt aus Berlin.

Fünftens und letztens: Das Wanken der Imperien

Die folgenden Stichworte berühren ein Thema, das für sich so umfangreich ist, daß jede nähere Beschreibung den hier gesetzten Rahmen überschreiten würde. Ich verzichte deshalb darauf. Ein ganz allgemeiner Zusammenhang aber scheint mir offensichtlich und wichtig genug, um die Aufmerksamkeit darauf zu lenken. In das Jahr 1916 fallen einige markante Vorgänge, Ausdruck einer weltweit sich verstärkenden Bewegung, die lange vor dem ersten Weltkrieg begonnen hatte und die Geschichte des 20. Jahrhunderts bis in unsere Tage bestimmen sollte, der Bewegung des Protestes gegen kolo-

niale und fremdnationale Vorherrschaft. Irischer Aufstand zu Ostern, die Gründung des tschechischen Nationalrats in Paris, der „Aufstand in der Wüste“ ab Oktober, Unruhen im Kaukasus: So unterschiedlich Formen, konkrete Ziele und Ergebnisse von alledem sind, überall geht es um ein Aufbegehren gegen nationale Unterdrückung, stimuliert durch zwei Umstände, die Schwächung der jeweils herrschenden Macht durch den Krieg und die Unterstützung durch die Kriegsgegner dieser Macht. Die Deutschen unterstützen die Iren, die Franzosen die Tschechen und Slowaken, die Briten die Araber, die Deutschen die Kaukasusvölker. Hinzuzusetzen wäre noch die Proklamierung eines „unabhängigen“ polnischen Staates durch die Mittelmächte sowie die im Dezember einsetzenden Bestrebungen der neuen britischen Regierung, den Status Indiens im Verband des Empire anzuheben. Indien erhält eine Vertretung im Kriegskabinet. Erstmals wird seine Teilnahme an einer Reichskonferenz vorgesehen, die 1917 stattfinden wird. Auch hier, so denke ich, könnte eine vergleichende Analyse des konkret Verschiedenen im grundsätzlich Gleichen weiterführende und vertiefende Erkenntnisse erbringen.

Was bedeuteten, so wäre etwa zu fragen, die Erfahrungen des Krieges, die durch ihn geweckten Hoffnungen oder Befürchtungen, zum einen für den Charakter, das Tempo, die Ziele von Befreiungsbewegungen, den größeren oder geringeren Grad ihrer Radikalität, zum anderen für die Methoden ihrer Bekämpfung oder Entschärfung durch die Herrschenden? Und so wichtig die vergleichende Untersuchung dieser Verhältnisse ist, dort, wo sie in Bewegung gerieten, so aufschlußreich wäre gewiß die Untersuchung jener „Fälle“, in denen (trotz oder wegen des Krieges?) solche Bewegung nicht stattfand, wo es zunächst so schien, als bliebe alles beim alten. Wie lange aber würde es so bleiben?